

Helmut Ettinger

## Zur Außenpolitik der VR China nach dem 18. Parteitag der KP Chinas

Vortrag beim Gesprächskreis Grundfragen der internationalen Politik, 23. 4. 2013

**Vorbemerkung:** Die Außenpolitik der VR China ist ein riesiges Feld, das gründlich zu beackern in einer Diskussionsgrundlage von ca. 50 Minuten nicht möglich ist. Konzentration auf einige wichtige Themen ist daher angesagt. Ich möchte mich äußern:

- zu der auf dem 18. Parteitag sichtbar gewordenen außenpolitischen Strategie
- zu Fragen der chinesischen Rüstung
- zu den Beziehungen Chinas mit den USA, mit Russland, Japan, mit Afrika, der EU und der BRD sowie
- zu einigen aktuellen Konflikten im Umkreis Chinas.

Weitere Fragen, die natürlich zu dem Thema gehören, überlasse ich der Diskussion.

Verweisen möchte ich auf Literatur, die in jüngster Zeit zu diesem Thema erschienen ist:

- *Welttrends* Nr. 88, Januar/Februar 2013, *China und die Welt*, mit Artikeln deutscher, chinesischer, europäischer und amerikanischer Autoren, die ein breites Meinungsspektrum wiedergeben.
- Henry Kissinger, *China – zwischen Tradition und Herausforderung*, und zwar die Paperback-Ausgabe des Pantheon-Verlages vom Oktober 2012, mit einem aktuellen Vorwort des Autors zu Gegenwart und Zukunft des chinesisch-amerikanischen Verhältnisses.
- „Die Linke International“ Nr. 1/2013 mit mehreren Artikeln zu China, darunter meine Analyse vorwiegend zu den innenpolitischen Aspekten des 18. Parteitages, Chen Shuoying zu EU-China, Achim Wahl zu BRICS und der lateinamerikanischen Linken sowie Julia Wiedemann zu Syrien mit der Darlegung der Rolle Chinas in diesen Fragen.

Die Außenpolitik stand auf dem **18. Parteitag der KP Chinas** im November 2012 und auch auf der Jahrestagung des Nationalen Volkskongresses (NVK) im April 2013 nicht im Mittelpunkt des Geschehens. Die Highlights waren der statuten- und verfassungsgerechte Antritt der neuen, der „Fünften Führungsgeneration“, des neuen Generalsekretärs und Staatspräsidenten Xi Jinping sowie des Ministerpräsidenten Li Keqiang, die Bilanz der 10jährigen Amtszeit ihrer Vorgänger von 2002 bis 2012, die künftigen Aufgaben in der Innen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik. Aufgabe der Außenpolitik bleibt es auch weiterhin, stabile, „harmonische“ äußere Bedingungen zu schaffen, um die radikalen Umbrüche im Inneren gestalten zu können und die territoriale Einheit des Landes zu sichern.

Die 2000er Jahre sind, was die Gesamtentwicklung Chinas betrifft, eine Erfolgsgeschichte. Das BIP hat sich im Zeitraum 2002 bis 2012 mehr als verfünffacht. Dabei hat China 2008 die BRD und 2010 Japan überholt. Es ist zur zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt nach den USA und zum Exportweltmeister aufgestiegen. Die Orientierung des 16. und 17. Parteitages auf die Lösung der von dem schnellen Wirtschaftswachstum hervorgebrachten sozialen Probleme, der großen Einkommensunterschiede und der schweren ökologischen Folgen hat sich bewährt. Der Anfang des Umsternens ist gemacht. Da es sich aber um tiefgreifende

strukturelle, zum Teil seit langem schwelende Probleme handelt, können sie nur in einem längeren Prozess überwunden werden. Daher orientierte der scheidende Generalsekretär Hu Jintao auf die Fortsetzung dieser Politik. Dies allerdings unter veränderten innen- und außenpolitischen Bedingungen: geringere Wachstumsraten der Wirtschaft, Inflation, das Schrumpfen der Exportmärkte, höhere Erwartungen der Bevölkerung an soziale Gerechtigkeit und an die Bekämpfung der Korruption.

In der Außenpolitik ist nach Parteitag und NVK-Tagung zu erwarten, dass die VR China an dem auf Deng Xiaoping zurückgehenden Konzept festhält, dessen Devise lautet: *Zurückhaltung üben, aber eine angemessene Rolle spielen*. Dieses Konzept ist auf internationale Zusammenarbeit, politische Konfliktlösungen, keine unilateralen Einmischungen in die Angelegenheiten anderer Staaten, auf Stärkung der UNO und des Völkerrechts gerichtet. Auch hier wird das Umfeld jedoch nicht einfacher. China steht auch in der Außenpolitik vor neuen Herausforderungen. Dazu gehören:

- die ungelöste weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise,
- zunehmende Territorialstreitigkeiten, Konflikte auf See, die Verbreitung von Kernwaffen,
- die Energieknappheit, die Verteuerung der Rohstoffe,
- der weltweite Klimawandel,
- die Sicherung der eigenen Handelswege vor Piraterie,
- Aktivitäten tibetischer und uighurischer Separatisten,
- wachsende Widersprüche mit Indien und Vietnam, die ihrerseits zunehmend intensivere Beziehungen zu den USA entwickeln. (*Welttrends* Nr. 88, Wang Jisi, S. 42)

Seine eigene Rolle definiert China nach wie vor bescheiden. Es sieht sich selbst durchaus widersprüchlich und damit dialektisch

- als stärkstes Entwicklungsland, dessen Abstand zu den USA, der EU und Japan beim gesamtwirtschaftlichen Entwicklungsstand, beim allgemeinen Niveau von Wissenschaft und Technik, Bildung und Kultur immer noch groß ist,
- als eine asiatische Großmacht mit rasch wachsendem globalem Einfluss, aber nicht als Führungsmacht oder „Sprecher“ Asiens,
- als sozialistisches Land mit einem einzigartigem Wertesystem, das sich jedoch in einem tiefgehenden Transformationsprozess mit komplizierten sozialen Widersprüchen befindet, das territorial nicht voll vereinigt und von Separatismus bedroht ist,
- als Teilnehmer und Nutznießer der gegenwärtigen Weltordnung, der aber Beschränkungen durch vom Westen festgelegte und dominierte Regeln unterworfen ist. (Ebd., S. 39)

Neuer chinesischer Außenminister ist seit März 2013 der 59jährige Wang Yi, der als Japankenner und erfahrener Krisenmanager gilt. 2003 war er der Chefunterhändler bei den Sechs-Parteien-Gesprächen zu den Atomwaffen der KVDR. Von 2004 bis 2006 arbeitete er als Botschafter in Japan, erreichte nach längerer Eiszeit den Besuch von Premierminister Shinzo Abe in China nach dessen erster Wahl, was ihm den Ruf eines „Eisbrechers“ einbrachte. Danach organisierte er das Tauwetter mit Taiwan. Seine jetzige Ernennung zum Außenminister ist ein Signal für die Fortsetzung der besonnenen Außenpolitik der VR China unter der Losung von der „friedlichen Entwicklung“ (*Süddeutsche Zeitung* [SZ], 18.3.2013)

Bei der Berichterstattung über die Tagung des Nationalen Volkskongresses wurde von den Medien die weitere Erhöhung der chinesischen **Rüstungsausgaben** stark hervorgehoben.

Bereits auf dem 18. Parteitag hat Hu Jintao gefordert, die Modernisierung der Streitkräfte zu beschleunigen. Bis 2020 soll das Militär bedeutende Fortschritte bei Einführung der Informationstechnologien erreichen, neue IT-Waffen entwickeln, eine moderne Logistik organisieren, hochqualifiziertes Personal schulen und militärische Übungen unter den Bedingungen der Computerisierung durchführen. Große Bedeutung wird der Sicherheit zur See, im Weltraum und im Internet beigemessen. Inzwischen hat Präsident Xi Jinping demonstrativ auch Armeeeinheiten besucht.

Hintergrund dieser Bemühungen ist die Tatsache, dass längs der etwa 3200 km langen Küstenlinie Chinas in einem Streifen von 500 – 1000 km Tiefe der größte Teil der Bevölkerung und des Wirtschaftspotenzials, fast alle Metropolen des Landes konzentriert sind. Über die Seehäfen wird der überwiegende Teil der Importe und Exporte abgewickelt. Als Hauptbedrohung empfindet China die USA, die Taiwan mit modernen Waffen aufrüsten und die militärische Zusammenarbeit mit Japan gegenwärtig wieder intensivieren. Die USA haben mit Atomwaffen ausgestattete Truppen in Japan und auf Inseln im Pazifik stationiert. Sie verfügen über zahlreiche Flugzeugträger und U-Boote, denen China bislang wenig entgegensetzen hat.

Die USA und Japan schüren ihrerseits die Angst vor einem sich militärisch aufrüstenden, immer gefährlicher werdenden China. Ich erlaube mir, dazu eine ungewöhnliche Quelle zu zitieren - *Das Blättchen* (Nr. 7/2013), die Zweiwochenschrift, die die Tradition der *Weltbühne* fortführen will. Hier ein paar Auszüge aus einem Artikel von Lutz Unterseher:

„Ende 2008 wurden zwei relativ moderne Zerstörer und ein Hochsee-Versorger der chinesischen Marine in Richtung Indischer Ozean in Marsch gesetzt. ... Piraten hatten chinesische Schiffe bedroht. Für die Volksrepublik ist die ungehinderte Passage durch den Indischen Ozean von vitalem Interesse: nicht nur wegen des Warenstroms durch den Suez-Kanal..., sondern auch wegen des Öls und anderer Rohstoffe, die seine rapide wachsende Wirtschaft aus dem Nahen Osten und aus Afrika bezieht.

Der Anteil der Verteidigungsausgaben ist jedoch relativ bescheiden. Er dürfte – kaufkraftbereinigt und in anderen Etats versteckte Ausgaben berücksichtigend – 2012 in der Größenordnung von unter zwei Prozent des BIP oder knapp 200 Milliarden US-Dollar gelegen haben (das SIPRI-Institut schätzt sie auf 166 Mrd \$ - *Neues Deutschland* [ND], 16.4.2013; die Bundesakademie für Sicherheitspolitik [BAKS] auf 114,3 Mrd. [www.baks.bund.de](http://www.baks.bund.de) ). Ein relativ konstanter Anteilswert zwischen 1,5 und zwei Prozent war offenbar auch schon in der vergangenen Dekade die Regel. Die Verteidigungsausgaben haben also im Tempo des allgemeinen Wirtschaftswachstums zugenommen, aber nicht mehr... Um einen Vergleich mit den USA zu ziehen: Dort hatte das Budget des Pentagons am Ende der Ära Clinton einen Anteil von etwas über drei Prozent am BIP, während der entsprechende Wert gegenwärtig bei fast fünf Prozent liegt (laut SIPRI – 682 Mrd. \$). Die chinesische Rüstung ist – auch jenseits der Propaganda – zwar durchaus eindrucksvoll, aber sie geschieht maßvoll...

Der Aufwuchs bis heute erscheint vor dem Hintergrund US-amerikanischer Rüstung wenig beeindruckend. Das langsam wachsende Arsenal spricht für eine Konzeption der Minimalabschreckung mit Atomwaffen als letzter Zuflucht bei einer atomaren Bedrohung. Es

wurde angenommen, dass der geplante Aufbau eines umfassenden Raketenabwehrsystems durch die USA und ihre Verbündeten China veranlassen könnte, viel mehr in Raketen großer Reichweite zu investieren, um das eigene Abschreckungspotential vor tendenzieller Entwertung zu bewahren. Doch die Realität sieht anders aus: Chinas Führung lässt sich kein Wettrüsten aufnötigen.“ (Siehe dazu auch <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58585>)

Das Verhältnis zu den **USA** bleibt die Schlüsselfrage der chinesischen Außenpolitik. Das bilaterale Verhältnis hat für beide zentrale Bedeutung.

Für China sind die USA der Haupthandelspartner und zugleich sein größtes außenpolitisches Problem. China widersetzt sich dem auch unter Präsident Obama anhaltenden Hegemoniestreben der USA. Es fährt aber keinen Konfrontationskurs, sondern ist bestrebt, die Beziehungen in einem normalem Rahmen zu halten. Dem dienen zahlreiche hochrangige Kontakte und gegenseitige Besuche.

China hat ca. 40 Prozent seiner gewaltigen Devisenreserven über die Jahre in US-Staatsanleihen angelegt. (ND, 5./6.3.2011) Der Hauptgrund dafür sind die USA als Chinas wichtigster Markt, wo es weltweit die höchsten Überschüsse erwirtschaftete. Diese wiederum sind durch den hemmungslosen Import billiger chinesischer Konsumgüter durch die USA und das gleichzeitige Embargo auf den Export wichtiger Hightec-Güter entstanden, an denen China besonders interessiert ist. Jahrelang boten sich China in den USA auch die größten Anlagemöglichkeiten. Die chinesische Zentralbank wählte aus ihrer Sicht die risikoärmste und konservativste Anlageform – US-Staatsanleihen, denn die USA können nicht pleite gehen. (Felix Lee, *Die Gewinner der Krise*, Rotbuch 2011, S. 34) So wurde China zum Hauptgläubiger der US-Notenbank FED. Seit dem Einbruch der US-Finzen in der weltweiten Finanzkrise ist dies zu einem Problem geworden. Die gegenwärtige Politik der FED ist auf eine Verbilligung des Dollars gerichtet. Die Folge ist eine schleichende Entwertung der chinesischen Dollar-Guthaben. Das wird unter den heutigen Bedingungen der Medientransparenz von vielen Menschen in China mit wachsendem Unmut beobachtet. Bereits als der Prozess 2009 einsetzte, stellten chinesische Blogger im Internet die bohrende Frage, wer denn für diese einseitige Verteilung des nationalen Reichtums verantwortlich sei und ob nicht konkrete Personen dafür haftbar gemacht werden müssten. China ist zwar dabei, seine Devisenreserven zu diversifizieren, hält aber nach wie vor einen hohen Anteil von US-Staatsobligationen. Darin sieht es eine gewisse Kontrollmöglichkeit und eine Art Sicherheitsgarantie gegen allzu große Unwägbarkeiten in der US-Außen- und Wirtschaftspolitik.

Für die USA ist China der strategische Hauptrivale, der langfristig neutralisiert werden muss. Zugleich ist das Land ihr wichtigster Absatzmarkt und eine bedeutende Investitionssphäre. Das Gewicht Chinas wird heute von ihnen realistischer eingeschätzt.

Die USA haben China – wie früher die Sowjetunion – mit einem Ring von Militärbasen umgeben. Diese befinden sich in Südkorea, auf Okinawa und Guam, in Pakistan, Afghanistan und Kirgistan. Nicht chinesische Schiffe kreuzen vor der amerikanischen Küste, sondern amerikanische vor der Küste Chinas. Seit Jahren führen die USA Kriege in großer Entfernung vom eigenen Staatsgebiet, während China in seiner langen Geschichte nie weitab vom eigenen Land militärisch aktiv wurde und seit über 30 Jahren an keinem Krieg beteiligt ist. (Heiducoff, *Junge Welt*, 03.05.2012)

China hat die Abrüstungsgespräche zwischen den USA und Russland unter Präsident Obama begrüßt. Es tritt für atomare Abrüstung ein, ist jedoch der Meinung, dass die USA und Russland wegen des riesigen Vorsprungs ihrer Arsenale vorangehen müssen. Aber China ist nach wie vor die einzige Atommacht der Welt, die an ihrem Versprechen festhält, Atomwaffen nicht als erste einzusetzen.

Dabei ist das internationale Klima für China in der letzten Zeit insgesamt rauer geworden. Präsident Obama hat am Beginn seiner zweiten Amtszeit im Januar 2012 seine *Asia-First-Strategy*, die erneute Hinwendung der US-Außen- und Sicherheitspolitik zum asiatisch-pazifischen Raum, erklärt. Diese wird von Freund und Feind als Kurs zur Eindämmung des wachsenden ökonomischen, politischen und militärischen Einflusses Chinas verstanden. Alte Allianzen – u. a. mit Australien, einigen ASEAN-Staaten, Japan und Südkorea werden revitalisiert, neue geschmiedet. Konkrete Vorhaben erläuterte der neue US-Verteidigungsminister Chuck Hagel erst vor zwei Wochen in einer Grundsatzrede an der National Defense University in Washington: Es geht um den Aufbau hochmobiler, schlagkräftiger Spezialkräfte, den verstärkten Einsatz von Kampfdrohnen und den Cyberwar (Birnstiel, *ND*, 9.4.2013). Die scharfen einseitigen Erklärungen der US-Regierung zu dem Konflikt im Südchinesischen Meer oder zu dem Inselstreit zwischen China und Japan können als Symptom einer neuen Phase der Auseinandersetzung angesehen werden. (*Welttrends* Nr. 88, Benedikter, S. 55f.). Damit wären wir bei einigen brisanten **Konfliktsituationen im Umfeld der VR China**. Eine von ihnen betrifft Japan.

**Japan** ist der drittgrößte Handelspartner Chinas nach den USA und der EU, zugleich eine wichtige Quelle von Direktinvestitionen. Aber die politischen Beziehungen sind gestört durch die japanische Haltung zum 2. Weltkrieg, zu den Gräueln und Kriegsverbrechen japanischer Truppen, zu den medizinischen Experimenten an chinesischen Kriegsgefangenen, zu den Zivilschäden durch zurückgelassene chemische Kampfstoffe. Zu all diesen Fragen hat in der japanischen Öffentlichkeit nach 1945 nie eine ernsthafte Aufarbeitung stattgefunden. Erst im August 2010 – 65 Jahre nach Kriegsende – gab der damalige Premierminister Naoto Kan gegenüber allen Ländern, die unter japanischer Besatzung gelitten haben, eine allgemeine Entschuldigung dafür ab. Nachfolgende Regierungschefs fangen schon wieder an, sie zu verwässern.

Der im Herbst 2012 eskalierte Streit um die von Japan nach wie vor besetzten Senkaku-Inseln, die die Chinesen Diaoyutai nennen und in deren Umfeld Erdgasvorkommen vermutet werden, hat die ohnehin bestehenden starken antijapanischen Stimmungen in der chinesischen Bevölkerung angeheizt. China beruft sich auf das Potsdamer Abkommen, wonach alle durch Japan rechtswidrig okkupierten Territorien zurückzugeben sind. Die USA hatten die Inseln zusammen mit dem Okinawa-Archipel nach 1945 besetzt und nach dem Abzug ihrer Truppen unter Missachtung des Potsdamer Abkommens Japan überlassen. Dadurch tragen sie eine Mitverantwortung für die entstandene Lage. Bei der jüngsten Zuspitzung erklärte der damalige US-Verteidigungsminister Panetta, der Sicherheitspakt mit Japan erstrecke sich auch auf die Senkaku-Inseln. Damit haben die USA in einer umstrittenen Territorialfrage völkerrechtswidrig Partei ergriffen. Das passt in die Eindämmungsstrategie gegen China. Dieses muss die Angelegenheit ernst nehmen. Der Schutz der territorialen Einheit des Landes gilt als hohe Pflicht jeder chinesischen Regierung, ist ein wichtiges Kriterium für ihre Legitimation. Andererseits würde ein militärischer Konflikt um ein paar Felsen im Meer Chinas Ansehen in der Region sehr schaden. Es muss darauf

achten, Ängste nicht zu nähren, die wegen seiner wachsenden Stärke in einigen Nachbarländern ohnehin aufkommen.

Zu einem weiteren akuten Konflikt: Große Teile des **Südchinesischen Meeres** mit den dortigen Inseln werden von China traditionell als chinesische Binnengewässer beansprucht. Dem widersprechen die Anrainer Vietnam, die Philippinen, Indonesien, Malaysia und Taiwan. Es handelt sich überwiegend um unbewohnte Atolle – allerdings mit reichen Fischgründen und vermuteten Rohstoffvorkommen. Wichtige internationale Schifffahrtsrouten durchqueren das Gebiet. Nach chinesischer Auffassung, die durch Ausgrabungen belegt ist, gehörte es schon zum chinesischen Kulturkreis, als es noch keine Nationalstaaten und entsprechende Verträge gab – bei der jahrtausendealten Geschichte Chinas nicht verwunderlich. Die Ansprüche Vietnams auf einige Inseln, z. B., wurden erst während der Kolonialzeit um 1870 von Frankreich erhoben, als China durch die Opiumkriege der imperialistischen Mächte des Westens geschwächt war. 1974 wurden die umstrittenen Paracel-Inseln von China besetzt. Sporadisch kommt es zu Zusammenstößen, wenn Vietnam Rohstoffexploration und Fischfang in den umstrittenen Gebieten versucht. Die letzten datieren vom Sommer 2011, wonach Verhandlungen aufgenommen wurden. (ND 11. 7. 2011)

Die USA haben in dem umstrittenen Gebiet gemeinsam mit den Philippinen Militärmanöver durchgeführt und damit in dem Konflikt Partei ergriffen. China fordert Verhandlungen zwischen den betroffenen Staaten ohne Einmischung von außen. (Benedikter, S. 53f.)

Prof. Eberhard Sandschneider, Leiter der Forschungsstelle Politik Chinas und Ostasiens am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin, schätzt ein, dass der Streit das Potenzial hat, jederzeit in einen groß angelegten Regionalkonflikt mit globaler Ausstrahlung umzuschlagen ... China hat viel Kritik auf sich gezogen. Aber auch Vietnam, die Philippinen, Indonesien und teilweise Taiwan lassen es an konfliktorientiertem Verhalten nicht fehlen. Lösen lassen sich diese Konflikte nicht, bestenfalls befrieden und managen. Dazu fehlt es derzeit an Willen, meint der bekannte Politologe. (SZ, 2.2.2012)

Mit großer Sorge beobachtet China die gefährliche **Zuspitzung der Lage auf der koreanischen Halbinsel**. Von dem unberechenbaren Nachbarn und Verbündeten KDVR ist es Abenteuer gewohnt. Die gehörten zum Arsenal des Staatsgründers Kim Il Sung, seines Sohnes Kim Jong Il und nun offenbar auch des jüngsten Herrschers Kim Jong Un. Damit versuchten die Führer Nordkoreas immer wieder die USA zu direkten Gesprächen über die Regelung der brisanten Lage und einen Friedensvertrag zu bewegen. Jetzt hat Kim Jong Un den Kriegszustand ausgerufen, die Armee mobilisiert, alle Kontakte zu Südkorea gekappt, die wirtschaftliche Sonderzone Kaesong geschlossen, eine Mittelstreckenrakete an die Küste verlegt, die Reaktivierung der stillgelegten Atomanlage Yongbyon verkündet und gar den USA, Südkorea und Japan im Falle bewaffneter Angriffe mit Atomschlägen gedroht.

Die gegenwärtige Eskalation ist jedoch nicht die größte in der wechselvollen Geschichte. Dies ist die „Pueblo-Affäre“ aus dem Jahre 1968. Damals brachte die Marine der KDVR das US-Spionageschiff dieses Namens samt 82 Mann Besatzung in den Hoheitsgewässern auf, trotzte allen Drohungen der USA und hielt es über ein Jahr lang fest. Erst nach einer schriftlichen Entschuldigung Präsident Johnsons wurden Schiff und Mannschaft wieder freigegeben.

Wie damals sind auch jetzt der militanten Propaganda bislang keine militärischen Aktionen gefolgt und auch keine umfassenden Vorbereitungen wie größere Truppen- und Materialbewegungen zu erkennen. Damit ist das militante Auftreten vordergründig wohl

wiederum vor allem als politisches Manöver aufzufassen. Dessen Ziel ist klar. Wie seinen Vorgängern geht es Kim Jong Un darum, die USA zu zwingen, die KDVR endlich als gleichberechtigten Partner anzuerkennen. Mit dem militärischen Muskelspiel sollen sie davon abgehalten werden, Pläne eines *regime change* nach dem Muster des Iraks, Libyens und gegenwärtig Syriens ins Auge zu fassen. Die Drohung mit der Atomwaffe gilt ihm als Lebensversicherung gegenüber einem übermächtigen Gegner. Die Furcht der KDVR-Führung ist nicht unbegründet. Bereits US-Präsident Reagan ordnete die KDVR in seine „Achse des Bösen“ ein. Alle seine Nachfolger einschließlich Obama sahen und sehen in der KDVR ein von ihnen nicht zu kontrollierendes Ärgernis, das beseitigt werden muss.

Mit dem Frühjahrsmanöver *Foal Eagle*, das sie gemeinsam mit Südkorea durchführen, haben die USA den Anlass für die jetzige Zuspitzung geliefert. Dabei haben auch sie die Eskalation nicht gescheut. 200 000 Soldaten Südkoreas, 10 000 Mann US-Truppen, dazu die 28 500 ständig in Südkorea stationierten GIs sind beteiligt. Weitere 30 000 stehen auf Okinawa einsatzbereit. Erstmals warfen zwei US-Tarnkappenbomber Bombenattrappen vor der Küste der KDVR ab. Ein Flugzeugträger und B-52 Bomber, die Atomwaffen tragen können, wurden nahe der koreanischen Halbinsel in Stellung gebracht. Das hat in Pjöngjang die historische Furcht vor einem unmittelbar bevorstehenden Angriff der USA, vielleicht sogar mit Atomwaffen, wiederbelebt. So kam es zu der heftigen Reaktion der KDVR, die nun ihrerseits mit Atomwaffen droht. Durch die Aufregung, die das im Westen auslöste, fühlt sich die KDVR darin bestätigt, jetzt als Atommacht angesehen zu werden.

Damit aber wird die koreanische Halbinsel zu einem Testgelände für Obamas Strategie der Hinwendung zum asiatisch-pazifischen Raum. Im Grunde hat die KDVR durch ihre abenteuerliche Reaktion den USA die Steilvorlage geliefert, um diese Strategie voranzutreiben, weitere Truppen, modernstes Gerät, Raketen und Raketenabwehr-Anlagen dorthin und damit in den Vorhof der VR China zu verlegen. Das ist der Grund für die tiefe Sorge in Beijing.

Das demonstrative Säbelrasseln auf beiden Seiten beschwört eine reale Kriegsgefahr herauf. Die koreanische Halbinsel beherbergt gegenwärtig die größte Ansammlung von Truppen und Waffen weltweit. Beide Seiten führen regelmäßig Manöver durch. Das Rote Telefon ist abgeschaltet. Die Lage kann rasch eskalieren. Unbedachtsamkeiten oder Fehler sind auf beiden Seiten möglich.

China unterstützt die KDVR traditionell, lässt sich aber nicht für deren Atompolitik als Geisel nehmen. Es ist an Stabilität und Aufrechterhaltung des Status quo auf der koreanischen Halbinsel interessiert. Die Waren- und Energielieferungen aus China beliefen sich 2011 auf 5,5 Mrd. US-Dollar oder 70 % des KDVR-Außenhandels. Südkorea hat nur noch einen Anteil von 21 %. China befürchtet bei einer plötzlichen Destabilisierung der Lage gewaltige Flüchtlingsströme über die gemeinsame Grenze, die in Nordostchina soziale Unruhen auslösen könnten. Außerdem fiel der Puffer zu den US-Streitkräften in Südkorea weg, die dann direkt an der chinesischen Grenze stünden. (SZ, 5.4.2013)

China hat das Manöver *Foal Eagle* scharf kritisiert. Die Nachrichtenagentur *Xinhua* erklärte: „Washington... facht selbst die Flammen an“... Aufrüstung und Manöver in der Region seien „eine dramatische Darstellung präventiver Macht“ der USA. (ND, 15.4.2013)

China kann aber die sich selbst isolierende KDVR bei dieser Politik, vor allem dem ungehemmten Streben nach Atomwaffen, nicht bedingungslos unterstützen. Deren Regime schottet sich auch gegen China ab, wird immer unzugänglicher und unberechenbarer. Der

Bevölkerung Nordkoreas werden schwere Entbehrungen auferlegt. In China nehmen die Debatten über die künftige Politik zu. Nach einem erneuten Atomtest der KDVR im Februar hat China gemeinsam mit Russland am 7.3.2013 Sanktionen der UNO gegen die KDVR unterstützt. Diese stellen einen weiteren Anlass zur neuerlichen Verschärfung der Haltung der KDVR dar.

Vor einigen Tagen hat Präsident Xi Jinping erstmals betont: „Niemandem darf erlaubt werden, eine Region oder sogar die Welt für selbstsüchtige Zwecke ins Chaos zu stürzen.“ (ND, 9.4.2013) Der Adressat ist klar, aber die Formulierung etwas chinesisch verschleiert – auch die USA könnten gemeint sein.

Die Lage ist verfahren. Außenminister Wang Yi hat die Grundposition Chinas bekräftigt: Entnuklearisierung der koreanischen Halbinsel, Frieden und Lösung des Problems durch Dialog. Gegenüber UN-Generalsekretär Ban Ki Moon erklärte er in einem Telefongespräch: „Mit Diplomatie hätte sich das Nordkoreaproblem längst lösen lassen.“ (ND, 8.4.2013) Gemeint sind direkte Gespräche USA-KDVR, die die USA bisher beharrlich verweigern oder an Bedingungen knüpfen, die die KDVR nicht zu erfüllen bereit ist.

Das Verhältnis zu **Russland** ist für China eine strategische Partnerschaft von hohem Symbolgehalt. Beide Staaten haben ein enges politisches Zusammenwirken gegen die Hegemoniebestrebungen der USA entwickelt, verfolgen aber strikt auch eigene Interessen. Identische oder ähnliche Positionen vertreten sie zum Thema einer multipolaren Welt, der Achtung Völkerrechts, der Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen, der Rüstungskontrolle, einer neuen Sicherheitsarchitektur im asiatisch-pazifischen Raum, dem Kampf gegen Terrorismus und Drogen. Die Kooperation in der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOC) und der BRICS gestaltet sich zunehmend enger. Darin sehen beide wichtige Formate bei der Errichtung einer multipolaren Welt.

Der bilaterale Handel wächst schnell. Im Jahre 2012 nahm er um 11,6 % zu und betrug 88 Mrd. \$. Damit bleibt er allerdings noch weit hinter dem Handelsvolumen zwischen China und den USA zurück, das in Kürze die Marke von 500 Mrd. \$ übersteigen wird. China und Russland arbeiten in der Luft- und Raumfahrt, beim Schiffbau, bei der Nutzung von Atomenergie, Wasserkraft und alternativen Energien eng zusammen. Die gegenseitigen Verrechnungen werden zunehmend in Yuan und Rubel getätigt. Ein Problem des Handels ist die hohe positive Bilanz Chinas. Beim russischen Export überwiegen Rohstofflieferungen. China löst Deutschland schrittweise als wichtigster Handelspartner Russlands ab. Eine offene Frage ist die immer noch nicht vorhandene Gaspipeline, über die seit Jahren verhandelt wird. China ist an der Zusammenarbeit bei der Erschließung der Wasser- und Energieressourcen Sibiriens hoch interessiert. Das nehmen russische Nationalisten zum Anlass, um mit der Gefahr einer drohenden chinesischen Überfremdung und Eroberung des russischen Fernen Ostens zu agitieren. Das relativ neue Phänomen, dass jährlich ca. 500 000 Menschen aus der Region nach China abwandern – Geschäftsleute, technisches Personal, aber auch Rentner, die bei den niedrigeren Lebenshaltungskosten in China mit ihren dürftigen russischen Renten besser leben können, bringt solchen Kräften weiteren Zulauf. (*Nowaja Gaset*a, 17.08.2011)

Für China sind die Importe von Rüstungsgütern und Know-how aus Russland wichtig. Allerdings gehen sie in der letzten Zeit zurück. In den Jahren 2008-2010 betrugen sie noch 5,148 Mrd. \$, nur wenig mehr als jene Algeriens. Indien dagegen importierte aus Russland im gleichen Zeitraum Waffen im Umfang von 12,384 Mrd. \$. (*Russland-Analysen*, Nr. 254,



22.3.2013) Ein erstes gemeinsames Militärmanöver hielten China und Russland im Mai 2008 ab.

Den neuen Präsidenten der VR China, Xi Jinping, führte der erste Auslandsbesuch nach seiner Wahl nach Russland. Damit trat er in die Fußstapfen seines Vorgängers Hu Jintao, der zehn Jahre zuvor das Gleiche getan hatte. Seit der strategischen Hinwendung Obamas zum asiatisch-pazifischen Raum ist Russland für China als Gegengewicht noch wichtiger geworden. Beide haben die Aufstellung weiterer Abfangraketen der USA an der Küste Alaskas zu den bereits vorhandenen wegen der militanten Äußerungen aus der KDVR kritisiert und angekündigt, ihre Reaktion darauf zu koordinieren. (SZ, 22.3.2012). Während des Besuches bezeichnete Präsident Putin das Verhältnis zwischen Russland und China als „tonangebend für die Weltpolitik“. Es wurden 30 neue Abkommen unterzeichnet. (ND, 23./24.3.2013)

Eine große Entwicklung haben die Beziehungen Chinas zu **Afrika** genommen. Die Zusammenarbeit ist für afrikanische Staaten lukrativ, weil China selbst Entwicklungsprobleme zu lösen hat. China kauft in Afrika Rohstoffe und beteiligt sich an deren Aufschluss. Wo gewünscht, bietet es im Gegenzug ein Komplettpaket aus Handel, Investitionen, technischem Know-How und Personal an. Der Außenhandel mit Afrika ist in dem Jahrzehnt von 2000 bis 2010 auf das Zwölfwache gestiegen. 2010 hat China die USA als wichtigster Außenhandelspartner Afrikas abgelöst. 2012 betrug das Handelsvolumen rund 200 Mrd. \$. In den nächsten 3-5 Jahren wird ein Umfang von 300 Mrd. \$ für möglich gehalten.

China hat seinen Markt für 400 Produkte Afrikas geöffnet. Es führt aus Afrika mehr ein, als es nach dorthin ausführt. Es baut in Afrika Straßen, Eisenbahnen, Häfen und Telekommunikationsnetze. Es hat allen 35 Ländern des subsaharischen Afrikas die Schulden erlassen. China baut Umweltprojekte auf, bildet Fachkräfte aus, entsendet medizinisches Personal und realisiert gemeinsame Forschungsprojekte in Bereichen wie Landwirtschaft, erneuerbare Energien und Medizin. Das geschieht ohne politische Vorbedingungen.

Das Agieren Chinas in Afrika kann jedoch nicht unkritisch gesehen werden. Bei einer Kooperation dieses Ausmaßes entstehen Reibungen und Konflikte.

Ein Beispiel ist der Umweltschutz, wo China bekanntlich während seiner Industrialisierung selbst in schwere Probleme geraten ist. Diese sind nicht nur Fehlern in der staatlichen Politik geschuldet, sondern auch einem noch niedrigen Umweltbewusstsein. Solche Entwicklungen wirken sich natürlich auch auf das Agieren chinesischen Personals in Afrika aus. Ebenso der Umgang mit Arbeitskämpfen bei chinesischen Projekten – für China eine neue Erfahrung.

Unmut erregt in afrikanischen Ländern die Tatsache, dass chinesische Unternehmen schnell dabei sind, auf eigenes Personal zurückzugreifen, wenn vor Ort keine qualifizierten Arbeitskräfte in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen. Bei der hohen Arbeitslosigkeit in den meisten afrikanischen Ländern ein echtes Problem.

Der neueste Trend in der chinesisch-afrikanischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit ist die Förderung von Industrieansiedlungen auf dem schwarzen Kontinent im beiderseitigen Interesse. Im Unterschied zu vielen pessimistischen Prognosen sieht China in Afrika mit seiner jungen, rasch wachsenden Bevölkerung, die sich nach demographischen

Hochrechnungen binnen 40 Jahren verdoppeln und mehrheitlich in Städten leben wird, einen gewaltigen Zukunftsmarkt. (Ausführlicher siehe dazu <http://www.vip-ev.de/text626.htm> )

Die **EU** ist seit 2004 der zweitgrößte Handelspartner Chinas. Es finden regelmäßige Gipfeltreffen statt. China wünscht sich von der EU eine von den USA unabhängige Außenpolitik. Um die Schuldenkrise im Euroraum mildern zu helfen, hat China in beträchtlichem Maße Staatsanleihen bedrängter südeuropäischer EU-Länder gekauft. Das ist beileibe kein altruistischer Akt. Erstens bietet dies China die Möglichkeit, einen gewissen Teil seiner Devisenreserven umzuschichten. Zweitens entsteht in finanziell solventen Staaten mehr Nachfrage nach chinesischen Waren. Drittens belebt sich durch diese Maßnahme – anders als bei den strikten Sparauflagen aus Brüssel – auch die Wirtschaft der betroffenen EU-Länder wieder. Der Boom auf dem chinesischen Binnenmarkt bietet ihnen neue Chancen für Exporte nach China. Eine klassische win-win-Situation. (Ausführlicher siehe ebenda)

Die EU hat bilaterale Koordinierungsmechanismen zur Ostasienpolitik mit den USA, Japan und Indien aufgebaut, die angesichts der amerikanischen *Asia First Strategy* zunehmend an Bedeutung gewinnen. China sieht diese als gegen sich gerichtet. Ein weiterer Reibungspunkt ist das Waffenembargo, das die EU 1989 nach den Tiananmen-Ereignissen gegen China verhängt und bis heute nicht aufgehoben hat. In China wird sehr wohl registriert, dass die EU ihren Mitgliedsländern dagegen Waffenexporte in Krisengebiete wie den Nahen Osten keineswegs verbietet. Auch an Staaten in der unmittelbaren Umgebung Chinas wie Südkorea, Malaysia, Indonesien und Singapur verkauft vor allem Deutschland in großem Umfang Waffen.

Die KP Chinas führt seit mehreren Jahren hochkarätige Foren mit den politischen Parteien auf europäischer Ebene durch, um gegenseitiges Vertrauen zu entwickeln und die politischen Parteien zur Entwicklung der Beziehungen zu motivieren. In der vergangenen Woche hat das dritte derartige Treffen in Suzhou stattgefunden.

Die **BRD** als das bedeutendste EU-Mitgliedsland ist auch der wichtigste politische und Wirtschaftspartner Chinas in Europa. Hohe chinesische Vertreter betonen immer wieder, dass sie mit der BRD keine grundlegenden Interessenkonflikte sehen. Die bilateralen Beziehungen haben inzwischen einen hohen Stand erreicht. Der chinesische Botschafter Shi Mingde bezeichnete sie kürzlich in einem Vortrag vor der Lichtenberger Bezirksorganisation der LINKEN als beispielhaft. Seit 2010 besteht zwischen beiden Staaten eine strategische Partnerschaft. Mit keinem anderen Land hat China einen derart breiten Mechanismus der Zusammenarbeit etabliert, der in den jährlichen Regierungskonsultationen gipfelt, an denen große Teile der beiden Kabinette teilnehmen. Das Außenhandelsvolumen hat im Jahre 2011 169 Mrd. \$ betragen, so viel wie mit Frankreich, Großbritannien und Italien zusammengenommen

Deutschland gehört inzwischen zu den Top Ten der Zielländer chinesischer Kapitalanlagen. Ende 2010 haben chinesische Direktinvestitionen in der BRD die Grenze von 1 Milliarde € überschritten. Deutschland ist vor allem wegen seines hohen technologischen Niveaus und seiner Lage mitten in Europa attraktiv. Chinesische staatliche Unternehmen und Fonds kaufen Beteiligungen an deutschen Firmen oder gründen selbst Produktionsstätten. Anfängliche Befürchtungen, sie könnten auf Heuschreckenart agieren – kommen, kaufen, die Technologien mitnehmen und bald wieder gehen – haben sich nicht bestätigt. Auch der befürchtete Arbeitsplatzabbau kommt eher selten vor. Zwar werden hin und wieder Bereiche

nach China verlagert, die dort billiger produzieren können, aber die hochwertigen Arbeitsplätze bleiben in Deutschland und werden zum Teil noch ausgebaut. Zugleich entstehen neue Verbindungen zu chinesischen Unternehmen, werden Zugänge zum chinesischen Markt eröffnet und Aufträge akquiriert. (*Berliner Zeitung*, 18./19.12.2010) Selbst Daimler hat auf die Nachricht, dass ein chinesischer Staatsfonds 4-10 % seiner Anteile kaufen will, positiv reagiert.

Botschafter Shi Mingde teilte mit, dass China 2012 mehr in Deutschland investiert habe als die BRD in China. Über die letzten 30 Jahre betrügen die chinesischen Investitionen allerdings nur 10 % der deutschen.

Aus der engen ökonomischen Kooperation können sich auf lange Sicht auch beträchtliche Widersprüche und Konkurrenzen ergeben. China baut Industriezweige intensiv aus, die auch für die deutsche Wirtschaft eine erhebliche Rolle spielen – zum Beispiel die Automobilproduktion, die Herstellung von Baumaschinen oder von Technik für erneuerbare Energien. Der Zusammenbruch deutscher Solarfirmen wegen der Konkurrenz aus China ist nur ein Beispiel.

Von den 80 Millionen chinesischer Touristen, die jährlich ins Ausland fahren, reisen 10 % nach Europa und die Hälfte davon nach Deutschland. Zwischen beiden Ländern bestehen 69 Städtepartnerschaften und über 500 Partnerschaften von Hochschulen und Universitäten. Mit rund 30 000 Studenten steht China mit Abstand an erster Stelle der ausländischen Studierenden in Deutschland. 5400 Deutsche studieren in China. (Shi Mingde)

Nicht unbemerkt bleibt in China, dass die BRD neuerdings auch auf eine starke Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen mit den entwickelten Staaten der ASEAN wie Indonesien, Malaysia, den Philippinen, Thailand und Vietnam orientiert, deren BIP seit 2000 um 71 % gewachsen ist. (<http://www.bmw.de> 02.11.2012) Offenbar will die BRD am Aufbau von Gegengewichten gegen die Dominanz Chinas, den die USA betreiben, unbedingt beteiligt sein.

\* \* \*

Zum Schluss möchte ich drei Kronzeugen für einen nüchternen Blick auf China und die Welt zitieren: Botschafter Shi Mingde sagte in dem genannten Vortrag: „Die Welt lebt im Zeitalter der Globalisierung. Alle Staaten sind aufeinander angewiesen. China strebt eine win-win-Situation an, von der alle Völker profitieren, kein Nullsummenspiel, bei dem der Vorteil des einen der Nachteil des anderen ist.“

Der bereits zitierte Politologe Eberhard Sandschneider bezeichnete kürzlich Chinas Aufstieg als einen normalen und völlig legitimen Prozess. Nach 30 Jahren beeindruckender ökonomischer Entwicklung gehe die VR China jetzt daran, ihre ökonomische Leistungsfähigkeit in politischen Einfluss zu übersetzen und auch ihre militärischen Einflussmöglichkeiten zu steigern. Die Zeiten seien vorbei, da wir (Europäer) getragen von einem überheblichen Wertehierarchismus glaubten, China Vorschriften zu seiner Werteordnung machen zu können. (SZ, 2.2. 2013)

Und der britische Politikwissenschaftler Mark Leonard, Direktor des European Council on Foreign Relations, der kluge Bücher über China geschrieben hat, weist darauf hin, dass es für die Bewältigung der neuen Herausforderungen, vor denen China steht, keine Modelle gibt. Chinas bisheriger Weg der Reformen hat riesige Erfolge und riesige Probleme gebracht.

Das westliche Modell ist durch die Krise diskreditiert. Die chinesische Führung betritt Neuland. (SZ, 8.1.2013)

Mir bleibt nur, ihr dabei Weisheit, Weitblick und viel Fingerspitzengefühl zu wünschen.